

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

5/2014
Mai 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	Weiterbildung in Pflegemanagement	Seite 1
	„Jesus for President!?“ – Christ und Politik	Seite 2
	„Mit Händen reden, Gott erleben“	Seite 3
	14.000 Euro für „Desert Flower Center Waldfriede“	Seite 4
	„Enditnow“ – Wir brechen ein Tabu	Seite 6
	Methodisten fordern Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik	Seite 6
	Freikirchen für gewaltfreie Mittel zur Lösung von Konflikten	Seite 7
	Amtszeit von Bischöfin Wenner als Ratspräsidentin der Methodisten Beendet	Seite 8
	Ziehung der Losungen für 2017 in Herrnhut	Seite 9
	„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“	Seite 9
Symposium Adventisten und Erster Weltkrieg	Siebenten-Tags-Adventisten im Ersten Weltkrieg	Seite 10
	Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Adventisten in Deutschland	Seite 12
	Kriegsdienstverweigerung aus Sicht der Reformadventisten	Seite 15
	„Schuld und Versagen“	Seite 16
	Adventist Peace Fellowship – Netzwerk für Friedensstifter	Seite 18
International	Gedenktafel für Michael Belina Czechowski	Seite 19
	Weitere Schweizer Kirchen unterzeichnen gegenseitige Taufanerkennung	Seite 19
	Unterschiedliche Finanzierung der Kirchen Europas gefährdet Freiheit der Seelsorge	Seite 22
ADRA	Hochwasser in Bosnien und Serbien	Seite 22
	Damit der Teller nicht leer bleibt	Seite 23
Dokumentation	Schuld und Versagen. Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor einhundert Jahren	Seite 23

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 208 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 560 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

Weiterbildung in Pflegemanagement

Projekt der Pfeifferschen Stiftungen mit Theologischer Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Ein gemeinsames Projekt zur Qualifizierung von pflegerischen Fach- und Führungskräften auf Hochschulniveau haben die Kliniken der Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg und die adventistische Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg vereinbart. Dabei sollen pflegerische Fach- und Führungskräfte unter anderem in folgenden Bereichen qualifiziert werden: Projektmanagement, Gesundheitsökonomie, Fallmanagement, pflegfachliches Handeln, Assessmentverfahren, Qualitätsmanagement, Gesundheitswissenschaften und Spiritual Care.

Die Festlegung der Themen und Inhalte erfolge in einem Konsensprozess zwischen der Theologischen Hochschule Friedensau und ihrem Bachelor-Studiengang Pflege- und Gesundheitswissenschaften sowie der Pflegedirektion der Kliniken der Pfeifferschen Stiftungen. Die Inhalte würden wissenschaftlich und fachlich auf dem Niveau eines gesundheits- und pflegewissenschaftlichen Bachelorstudiums bearbeitet und vertieft. Ab Sommer 2014 werde pro Halbjahr ein Lehr-/Lernmodul im Umfang von 150 Stunden angeboten und mit insgesamt sechs Präsenztagen sowie eingeschlossenem Online-learning und einer modulabschließenden Prüfungsleistung an den Standorten Lostau, Magdeburg und Friedensau durchgeführt. Die Dozenten der Module seien erfahren in der Lehre an Hochschulen und gleichzeitig kompetent in den fachlichen Inhalten. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Moduls erhielten die Teilnehmenden ein Zertifikat der Theologischen Hochschule Friedensau. Mit dem Start des Kooperationsvorhabens seien bereits alle Teilnehmerplätze belegt.

Die Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg, 1889 von dem evangelischen Pfarrer Gustav Adolf Pfeiffer gegründet, sind eine der traditionellen diakonischen Komplexeinrichtungen in Mitteldeutschland mit über 1.200 Mitarbeitern. Das Akutkrankenhaus in Magdeburg-Cracau ist akademisches Lehrkrankenhaus der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und verfügt über die größte orthopädische Klinik Sachsen-Anhalts. Weiterhin bieten die Lungenklinik Lostau und das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Magdeburg-Cracau eine ambulante und stationäre Versorgung. Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen gehören ebenso zum Leistungsspektrum, wie eine Werkstatt für behinderte Menschen, das Kinderzentrum – Sozialpädiatrisches Zentrum (in gemeinsamer Trägerschaft mit der Caritas), ambulante und stationäre Hospizarbeit, eine Krankenpflegeschule und verschiedene Altenpflegeheime. Ambulante Dienste wurden unter anderem mit der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV) in den letzten Jahren im nördlichen Sachsen-Anhalt aufgebaut. Weitere Informationen unter <http://www.pfeiffersche-stiftungen.de>.

Die staatlich anerkannte Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet. Sie ist in Trägerschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und hat die Fachbereiche Theologie und Christliches Sozialwesen mit Bachelor- und Masterstudiengängen. Etwa 190 Studenten sind an der Hochschule eingeschrieben. Unter Leitung von Professorin Dr. Dr. Silvia Hedenigg wird auch der berufsbegleitende Masterstudiengang „Sozial- und Gesundheitsmanagement“ angeboten. Er hat laut Hedenigg das Ziel, „an der Bewältigung von gegenwärtigen und prognostizierbaren sozialen und gesundheitsbezogenen Herausforderungen unserer Gesellschaft aktiv mitzuwirken“. Den dualen Bachelor-Studiengang „Gesundheits- und Pflegewissenschaften“ leitet Professorin Dr. Margarete Reinhard. Er wird in Kooperation mit der Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege des adventistischen Krankenhauses „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf durchgeführt. Weitere Informationen: <http://www.thh-friedensau.de>.

(3.362 Zeichen)

„Jesus for President!?“ – Christ und Politik

Bundestagsabgeordneter Frank Heinrich bei adventistischem Studententreffen

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Unter dem Motto „Jesus for President!?“ – wenn Christen sich politisch und sozial engagieren“ fand vom 30. April bis 4. Mai auf dem Campus der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg das Studenten-Bundestreffen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten statt. Es wurde von Ruben Grieco und Bert Seefeld, den Jugendabteilungsleitern der Freikirche in Deutschland, organisiert.

Frank Heinrich (CDU), Mitglied des Deutschen Bundestages, gab den rund 50 Teilnehmenden Einblick in seinen persönlichen und beruflichen Werdegang, in die Arbeitsweise der beiden Ausschüsse „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ sowie „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, in denen er mitarbeitet. Der ausgebildete Sozialpädagoge und Theologe erläuterte den Unterschied zwischen Fraktionsdisziplin und Fraktionszwang und wie er als aktiver Christ mit Vorlagen umgehe, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne oder bei denen er anderer Auffassung sei.

„Die Stärke der Christen liegt im Umgang mit ihrer Schwäche“, sagte Heinrich, ehemaliger Heilsarmeeoffizier. Vergebung sei ein wichtiger Wert, nicht nur privat, sondern auch in der Politik. Man könne dadurch konstruktiv mit Verletzungen umgehen, sei selbst weniger belastet und trage anderen Personen nichts nach. Als Politiker und Christ gehe es darum, die eigenen Werte, wie Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität ins Leben zu übersetzen und für sich eine Werterangordnung zu bilden. Als der Parlamentarier über die inhaltlichen, strukturellen und zeitlichen Herausforderungen eines Abgeordneten sprach, bat er die Anwesenden, für ihn und andere Politiker zu beten. In den Rückmeldungen der Jugendlichen kam Ernüchterung über den „Traumjob“ Politiker zum Ausdruck.

Frank Heinrich machte den Jugendlichen Mut, in ihrer Umgebung soziale Projekte zu beginnen oder sich in bestehenden zu engagieren. Dabei zeigte er auch Möglichkeiten zur Realisierung auf. Der Parlamentarier stellte beispielhaft das Projekt „Gemeinsam gegen Menschenhandel“ vor, dessen 1. Vorsitzender er ist (<http://www.gemeinsam-gegen-menschenhandel.de>).

„Es gibt weder DIE christliche Politik noch DIE christliche Partei“, betonte Herbert Bodenmann, zuständig für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Schweiz. Mit Bezug auf das Tagungsthema „Jesus for President!?“ hob er hervor, dass ein christlicher Staat aus adventistischer Sicht kein erstrebenswertes Ziel sei, da christliche Forderungen und Verhaltensweisen nicht per Gesetz diktiert werden könnten, sondern das Ergebnis einer freiwilligen Entscheidung und individueller Lebensführung sein sollten. Er stellte den Jugendlichen das Vorbild der Menschwerdung Jesu als Lebensmodell vor, der sich unterschieds- und selbstlos mit Armen und Reichen beschäftigt habe. Das Graffiti in einer Bahnstationsunterführung „Mach's wie Gott, werde Mensch“, drücke dies treffend aus. Christus habe durch seine bedingungslose Liebe zu überzeugen versucht, aber niemanden zu seinem Glück gezwungen. Deshalb könnten es sich auch seine Nachfolger leisten, den Staat nicht zur Durchsetzung ihrer Ziele einzuspannen. Adventisten seien aus Überzeugung unterschiedene Vertreter der Trennung von Kirche und Staat.

Adventistische Christen forderten die Religions- und Weltanschauungsfreiheit für alle Menschen, nicht nur für sich selbst, so Bodenmann. Das gebe jedem Individuum die Möglichkeit, sein Leben in Freiheit und Selbstverantwortung zu gestalten. Durch Einblicke in die Geschichte der Freikirche sowie in seine Arbeit zeigte er auf, wie wichtig es für eine Kirche sei, mit Behörden, der Gesellschaft und anderen Kirchen ständig Kontakte zu unterhalten, transparent zu sein und sich nicht zu isolieren, sondern sich konstruktiv in der Gesellschaft zu engagieren.

Tobias Koch, Rechtsanwalt und Dozent für Sozialrecht an der Theologischen Hochschule Friedensau, erläuterte den Studenten und Studentinnen das Vorgehen, wenn an ihrer Universität Prüfungen an einem Samstag festgesetzt würden. Adventisten feiern im Gegensatz zu den meisten christlichen Kirchen den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag. Viele adventistische Studenten könnten deshalb aus Gewissengründen an diesem Tag keine Prüfungen schreiben. Koch wies darauf hin, dass nach der Bekanntgabe eines Prüfungstermins an einem Samstag sofort interveniert werden müsste, da die Universität genügend Zeit brauche, um eine terminliche Alternative anzubieten. Er sagte den Studenten fachlichen Beistand und die Unterstützung der Freikirche bei rechtlichen Schritten zu, wenn sie nicht selbst eine Lösung in Gesprächen mit Universitätsvertretern fänden. Der Rechtsanwalt stellte auch ein Merkblatt in Aussicht, das auf dem Internet zugänglich sein solle, um über die Vorgehensweise bei Prüfungsterminen am Samstag zu informieren.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, mit 34.901 erwachsen getauften Mitgliedern, betreut über 2.000 Kinder im Kindergottesdienst sowie durch die Adventjugend fast 8.000 Pfadfinder, Teenager und Jugendliche. Sie ist in jedem Bundesland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat sieben regionale Kirchenleitungen (Vereinigungen), die zum Nord- und Süddeutschen Verband als überregionale Zusammenschlüsse gehören. Sie unterhält unter anderem die Berliner Krankenhäuser „Waldfriede“ und „Nikolassee“, die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg, das Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, mit Gymnasium, Real- und Grundschule sowie sieben weitere Grund- beziehungsweise Realschulen, fünf Kindergärten und eine Heilpädagogische Tagesstätte für Vorschulkinder in Neuburg/Donau. (5.069 Zeichen)

„Mit Händen reden, Gott erleben“

Internationales Gehörlosentreffen ohne Sprachverwirrung

Altena/Westfalen, 27.05.2014/APD Zum Internationalen Gehörlosentreffen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten kamen 75 Teilnehmer aus neun Nationen nach Altena/Westfalen ins Bergheim Mühlenrahmede. Über die Osterfeiertage waren Gehörlose, Schwerhörige sowie Dolmetscher und Referenten aus den USA, Spanien, Kenia, Frankreich, Schweiz, England, Finnland, Lettland, Österreich und Deutschland angereist. Gleichzeitig wurde das 95-jährige Jubiläum der adventistischen Gehörlosengemeinschaft in Deutschland gefeiert.

In der Festansprache zum Jubiläum ging es Dr. Rolf Pöhler, Professor für Systematische Theologie an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, um die Frage „Hörst du auch, was du siehst?“. Pastor Gerd Wildemann (Hannover), Beauftragter der Gehörlosengemeinschaft der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, erinnerte an die Anfänge vor 95 Jahren. 1919 erklärte in Bremen eine junge Frau, Margarete Puich, ihren gehörlosen Eltern die Botschaft von Jesus Christus in der Gebärdensprache. Bald darauf kümmerte sie sich auch um andere hörgeschädigte Gottesdienstbesucher. Seit diesen Anfängen fänden gegenwärtig jeden Samstag, dem biblischen Sabbat, in über 20 deutschen Adventgemeinden Gottesdienste mit Übersetzung in der Gebärdensprache statt. In Gesprächskreisen und besonderen Aktionswochen studierten Gehörlose und Hörende gemeinsam die Bibel und würden die Botschaft anderen Menschen weitergeben. Durch die modernen Kommunikationsmittel sei man heute besser miteinander verbunden, so Wildemann. Seit Ostern 1974 gebe es jährlich Bundestreffen zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch.

Pastor Corrado Cozzi (Bern/Schweiz), Kommunikationsdirektor der Intereuropäischen Kirchenleitung der Adventisten, wies darauf hin, dass weltweit über 250 Millionen Menschen hörgeschädigt seien, davon etwa 35,5 Millionen in Europa. Von diesen würden nur zwei Prozent einer christlichen Gemeinschaft angehören. Viel zu lange hätten Christen die Hörgeschädigten vernachlässigt. Deshalb gelte es nach dem Motto des Zusammenseins „Mit Händen reden, Gott erleben“.

Wie das zu Ostern praktisch aussah, schilderte Gerd Wildemann. Die Referenten hätten Deutsch oder Englisch gesprochen. Ihre Worte seien in die deutsche, französische, lettische, spanische und finnische Gebärdensprache übersetzt worden. Zudem hätten zwei Schriftdolmetscher alles in Englisch auf eine Leinwand projiziert und einem taubblinden Teilnehmer das gesprochene Wort per Computer in Blindenschrift übersetzt. Trotz unterschiedlicher Sprachen habe es keine Sprachverwirrung gegeben. Auch umgekehrt hätte die Verständigung funktioniert. Pastor Henry Maina Kamau aus Nairobi, selbst gehörlos, habe über seine Arbeit unter Gehörlosen in Kenia berichtet und Maren Wöhler (Hamburg) seine Gebärden in englische Lautsprache übersetzt, was wiederum von Bastian Bak, Sohn gehörloser Eltern, in die deutsche Gebärdensprache übertragen worden sei.

Ein besonderer Höhepunkt für die Teilnehmer der Tagung wäre das Programm „Meine Bibel“ des spanischen Pantomimen Carlos Martinez aus Barcelona gewesen. Es habe laut Wildemann etwa 170 Besucher im Zentrum der Freien evangelischen Gemeinde in Lüdenscheid beeindruckt. Außerdem hätten ein Ausflug mit Besuch der „Atta Höhle“, eine Schifffahrt auf dem Biggensee und die Stadtbesichtigung von Attendorf stattgefunden. (3.027 Zeichen)

14.000 Euro für „Desert Flower Center Waldfriede“

Benefizkonzert des Stabsmusikkorps der Bundeswehr

Berlin, 27.05.2014/APD Mit stehendem Beifall bedankten sich rund 700 Besucher für das Benefizkonzert des Stabsmusikkorps der Bundeswehr am 4. Mai im „Estrel Convention Center“ in Berlin-Neukölln. Dabei spielten die Musiker 14.000 Euro für genitalverstümmelte Frauen ein, die im „Desert Flower Center Waldfriede“ am Krankenhaus „Waldfriede“, einer Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf, ganzheitlich behandelt werden.

Unter Leitung von Oberstleutnant Walter Ratzek und Hauptmann Tobias Wunderle präsentierte das symphonische Blasorchester Werke aus zwei Jahrhunderten. Die Ouvertüre „1812“ von Peter Tschaikowski, „Abschied der Slawin“ von Wassili Agapkin und ein Marsch nach Motiven der Oper „Die Hugenotten“ von Giacomo Meyerbeer gehörten genauso dazu, wie das Konzert für Soloposaune und Blasorchester des englischen Komponisten Philip Sparke mit dem Soloposaunisten der Berliner Philharmoniker, Olaf Ott. Zudem gab es einen Ausschnitt aus „Porgy & Bess“ von George Gershwin, „The Bandwagon“ von Philip Sparke und Höhepunkte aus den Musicals „Phantom der Oper“, „Starlight Express“, „Elisabeth“ und „Mamma Mia“. Hier begeisterte besonders die temperamentvolle, aus Portugal stammende Sopranistin Leonor Amaral die Zuhörer.

Aufgabe des Stabsmusikkorps der Bundeswehr mit seinen über 110 Musikern ist, im Rahmen des protokollarischen Ehrendienstes gemeinsam mit dem Wachbataillon des Verteidigungsministeriums alle Staatsgäste der Bundesrepublik Deutschland zu begrüßen. Dabei spielt das Orchester jedes Jahr über 70 verschiedene Nationalhymnen. Einen besonderen Stellenwert haben für die Musiker Benefizkonzerte für karitative Zwecke.

Mit „Desert Flower Center Waldfriede“ ein lebenswertes Leben ermöglichen

Der Berliner Senator für Justiz und Verbraucherschutz, Thomas Heilmann (CDU), würdigte die Arbeit des „Desert Flower Center Waldfriede“ als Zeichen der „Solidarität und Menschlichkeit“. Dabei werde Frauen, die Opfer des „weltweiten Verbrechens“ der Genitalverstümmelung geworden seien, ein neues Leben ermöglicht. Er überbrachte auch Grüße der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Schirmherrin des Benefizkonzerts. Auch sie betonte in ihrem schriftlichen Grußwort: „Ich finde es wichtig, dass wir auf die Grausamkeit weiblicher Genitalverstümmelung aufmerksam machen, damit sie eines Tages ein Ende hat. Genauso wichtig finde ich es, dass wir den Opfern helfen, um ihnen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen.“

Die Kenianerin Evelyn Brenda, die ehrenamtlich für das „Desert Flower Center Waldfriede“ sowie für die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA arbeitet, machte darauf aufmerksam, dass in ihrem ostafrikanischen Heimatland unter den Massai die Genitalbeschneidung von Mädchen üblich sei. „Ein Mädchen kann dort erst heiraten, wenn es beschnitten ist.“ Diese Vorstellung sei in den Köpfen der Menschen so fest verankert, dass auch in Deutschland die Genitalverstümmelung junger Mädchen praktiziert werde.

Oberärztin Dr. Cornelia Strunz berichtete, dass die wiederherstellende Operation nicht immer das Thema für die Frauen sei, die zu ihr in die Sprechstunde kämen. In vielen Fällen gehe es einfach darum, etwas gegen die Schmerzen zu unternehmen, unter denen die Frauen seit der Beschneidung litten. Jeder Gang zur Toilette, jeder Geschlechtsverkehr könne mit großen Schmerzen verbunden sein. Neben wiederherstellenden Operationen der entfernten Klitoris und Schamlippen konzentrierte sich das ärztliche Team auf Narben, Fisteln und Inkontinenz – allesamt Folgen der grausamen Prozedur, an denen die betroffenen Frauen oft ihr Leben lang litten. Operationsbegleitend würden die Patientinnen psychosozial betreut.

Das „Desert Flower Center“ wurde am 11. September 2013 am Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf eröffnet. Waris Dirie, Autorin von „Wüstenblume“ und Gründerin der „Desert Flower Foundation“, Wien, weihte das Zentrum mit einer bewegenden Rede ein. Sie war selbst als Kind Opfer der Genitalbeschneidung und kämpft seit 2002 gegen diese Menschenrechtsverletzung.

Ärzte mit Erfahrung – medizinische und psychologische Beratung

Leiter des Zentrums ist Professor Dr. Roland Scherer. Auf die Frage, warum sich gerade „Waldfriede“ für diese Patientinnen einsetze, antwortete er: „Das ergibt sich auch aus der Spezialisierung unseres Hauses auf die Darm- und Beckenbodenchirurgie. Hier gehören wir deutschlandweit zu den Ärzten mit der meisten Erfahrung.“ Seit der Eröffnung seien bereits 13 Frauen operiert worden, etwa 50 hätten sich in der Sprechstunde sowie weitere 70 am Telefon medizinisch und psychologisch beraten lassen. Die Warteliste für weitere Operationen, die einmal monatlich stattfänden, sei inzwischen gut gefüllt. Die Behandlungskosten für nichtversicherte Patientinnen würden aus Spendengeldern des „Fördervereins Krankenhaus Waldfriede“ e.V., der auch das Benefizkonzert veranstaltete, finanziert.

Scherer gab zu bedenken: „Wir können die Verstümmelungen der Frauen nicht vollständig rückgängig machen, aber wir können ihnen Lebensqualität zurückgeben.“ Das Center wolle den Frauen auch bei ihrer Auseinandersetzung mit den Familien helfen, welche die Behandlung nicht unbedingt gutheißen würden und oftmals als Traditionsbruch betrachteten. Auch die Seelsorgerin des Krankenhauses „Waldfriede“, Gabriele Stangl, betonte: „Unsere europäischen Maßstäbe und Wertvorstellungen bringen uns nicht unbedingt weiter, wenn wir verstehen wollen, was Mütter dazu treibt, ihren Mädchen so etwas Furchtbares wie die Beschneidung auf den Weg ins Leben mitzugeben.“ Es gelte, die Frauen darin zu bestärken, dass sie mit ihrem Schritt zur Behandlung etwas sehr Wichtiges für sich und ihre Gesundheit tun würden. „Das Vertrauen zu uns kann sich dann erst beim Kennenlernen entwickeln.“

„Waldfriede“, Akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin, verfügt mit 160 Betten über die Bereiche Erste Hilfe, Innere Medizin, Anästhesie/Intensivmedizin/Schmerztherapie, Zentrum für Interdisziplinäre Intensivmedizin, Minimal-invasive Chirurgie, Endokrine- und Viszeralchirurgie, Handchirurgie, obere Extremität und Fußchirurgie, Unfallchirurgie, Zentrum für Darm- und Beckenbodenchirurgie, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Radiologie/Computertomographie, Physiotherapie sowie Gesundheitszentrum „PrimaVita“. Weitere Leistungen des Krankenhauses sind Ambulante Psychotherapie, Kurzzeitpflege, Sozialstation, Labormedizin, Medical Check Up sowie die

Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege. Jährlich werden etwa 14.000 Patienten stationär und 47.000 ambulant behandelt. (5.859 Zeichen)

„Enditnow“ – Wir brechen ein Tabu

Adventisten wieder beim Deutschen Präventionstag

Karlsruhe, 27.05.2014/APD Unter den rund 250 Fachorganisationen mit Ausstellungen beim 19. Deutschen Präventionstag am 12. und 13. Mai in Karlsruhe befanden sich auch wieder die Abteilung Frauen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sowie die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA. Laut Angelika Pfaller (Ostfildern bei Stuttgart), Frauenbeauftragte der Freikirche in Deutschland, würden Adventisten zusammen mit ADRA weltweit gegen jegliche Form von Gewalt eintreten. In Deutschland geschehe das unter anderem durch die Aktion „Enditnow – Sag nein zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, Hilfe und Beratung für Missbrauchsopfer, Stärkung des Selbstwertes, um nicht in die „Missbrauchsfalle“ zu geraten, Unterstützung der Ausbildung von „Medienscouts“, ein Präventionsprogramm für Schulen und Schüler, durch das Institut für Kulturrelevante Kommunikation und Weiterbildung (IKU) der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, Rückbildungs-Operationen von genitalverstümmelten Frauen am „Desert Flower Center“ des adventistischen Krankenhauses „Waldfriede“ in Berlin-Zehlendorf sowie Eintreten gegen Gewalt bei Fußballveranstaltungen.

Das internationale Projekt „Enditnow“ sei im Oktober 2009 von der Freikirche in Zusammenarbeit mit ADRA ins Leben gerufen worden, informierte Pfaller. Dabei gehe es um eine weltweite Aufklärungskampagne, um auf das Thema „Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam zu machen und dagegen einzutreten. Bei der Vorstellung des neuen Plakates „Enditnow – Wir brechen ein Tabu“ beim Präventionstag rief sie dazu auf, „hinzuschauen, das Schweigen zu brechen, Lösungswege für dieses weltweite Problem zu suchen und sich für die Beendigung der Gewalt einzusetzen“. Pfaller wies darauf hin, dass Adventisten sich der Würde und des Wertes eines jeden Menschen bewusst seien und deshalb jegliche Art von körperlichem, seelischem und sexuellem Missbrauch verurteilten. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten habe in Deutschland eine Arbeitshilfe für die kirchliche Jugendarbeit entwickelt sowie einen Fachbeirat ins Leben gerufen, der sich mit sexuellem Missbrauch innerhalb der Kirche auseinandersetze. Weitere Informationen unter www.enditnow.de und www.sexueller-gewalt-begegnen.de.

Fritz Neuberg (Weiterstadt bei Darmstadt), Mediensprecher von ADRA Deutschland, informierte über die Einrichtung eines Frauenhauses in Smederevo/Serbien. Außerdem habe das Hilfswerk ein „Rescue Center“ in Kenia aufgebaut. Dieses biete jungen Mädchen Zuflucht, die vor Genitalverstümmelung und der Zwangsehe geflohen seien. (2.317 Zeichen)

Methodisten fordern Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik

Frankfurt am Main, 27.05.2014/APD Die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) hat während ihrer Tagung der Norddeutschen Jährlichen Konferenz in Oldenburg eine Resolution zur Flüchtlingspolitik verfasst. Darin werde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, „dass die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik eine andere Ausrichtung braucht“.

„Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich an ihrem Umgang mit den Schwächsten“, schreibt die Bischöfin der EmK in Deutschland, Rosemarie Wenner, in ihrem Begleitschreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel, an die Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages, den Innen- und Außenminister sowie den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie bittet die Angeschriebenen, „sich mit dem Inhalt der Resolution auseinanderzusetzen und durch politisches Handeln mit dazu beizutragen, dass die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik verbessert wird“.

Die Resolution fordert die Gestaltung einer „humanen Einwanderungspolitik, die sich an den Menschenrechten der Frauen, Männer und Kinder orientiert, die ihre Herkunftsländer verlassen, um in einem anderen Staat eine Existenz aufzubauen“. Weil erst die Abschottung der europäischen Grenzen das Geschäft professioneller Fluchthelfer ermögliche, müsse die „Wertegemeinschaft der Europäischen Union sicherstellen, dass alle EU-Länder die Menschenrechte der ankommenden Flüchtlinge wahren und Humanität walten lassen“. In drei Punkten beschreibt die Resolution die Bekämpfung der Fluchtursachen und die Überwindung der Armut, den Schutz der Flüchtlinge sowie die Verbesserung der legalen Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland.

Um neben den Forderungen an die Politik deutlich zu machen, dass auch die Kirche ihren Beitrag einbringt, nennt die Resolution anhand einiger Beispiele aus EmK-Gemeinden das praktische Engagement für Flüchtlinge und Asylsuchende. Darüber hinaus sei aber die Politik gefordert, dass es „keine Menschenrechte erster und zweiter Klasse geben darf“. Der Reichtum des Nordens sei ohne die Armut des Südens nicht denkbar. Deshalb „haben wir als Europäer eine Verpflichtung“.

Die „Resolution zur europäischen Flüchtlingspolitik. Für eine Neuausrichtung der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

http://www.emk-schweiz.ch/fileadmin/user_upload/News/Barbara_Streit/Dokumente/NJK_Dokument__Resolution_Fluechtlingspolitik.pdf (2.174 Zeichen)

Freikirchen für gewaltfreie Mittel zur Lösung von Konflikten

Diplomatie als „Königsdisziplin“ deutscher Außenpolitik, um Frieden zu suchen

Frankfurt am Main, 27.05.2014/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) kritisiert die von deutschen Politikern signalisierte Bereitschaft, dass sich Deutschland bei internationalen Konflikten aufgrund seiner Größe und Verantwortung militärisch stärker einbringen solle.

In Briefen an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen haben die in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen ihre „ernsthafte Sorge“ über die Impulse zu stärkerem militärischem Engagement zum Ausdruck gebracht. Stattdessen müsste den Fragen Raum gegeben werden, „worin Deutschland stark ist“ und worin die Verantwortung der Bundesrepublik liege, für die „wir unsere volle Unterstützung einbringen wollen“. Ausdrücklicher Wunsch der VEF sei, „dass Deutschland sich engagiert für das Wohlergehen aller Menschen einsetzt“, so VEF-Präsident Ansgar Hörsting und Vizepräsidentin Rosemarie Wenner. Es gehe nicht um den Handel und Einsatz von Waffen, sondern darum, dass Deutschland „die Stärke ziviler Hilfe im Blick hat“. Eine Politik, die sich dem Globalwohl verschreibe, „können wir aus ganzem Herzen unterstützen“.

Anlass für die geäußerte Kritik und die Unterstützungsangebote der in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen waren Äußerungen von Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen. Beide hätten im Februar bei der 50. Münchner Sicherheitskonferenz mit ihren Redebeiträgen weitreichende Überlegungen angestoßen, wie Deutschland in Fragen internationaler Sicherheitspolitik und militärischen Engagements stärkeres Gewicht bekommen könnte.

Außenminister Steinmeier habe einerseits intensiv dafür geworben, den „Instrumentenkasten der Diplomatie“ gut auszustatten und klug zu nutzen. Andererseits hätte er betonte, dass Deutschland zu groß sei, „um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“.

Im Schreiben an Steinmeier werde darauf verwiesen, dass Deutschland große Anerkennung für den selbstkritischen Umgang mit seiner Vergangenheit bekomme. Deutschland habe aus

seiner Geschichte gelernt und daher militärisches Eingreifen nicht als Lösung akzeptiert. Es gehe darum, „auf gewaltfreie Mittel zur Konfliktlösung“ zu setzen. Deshalb begrüße die VEF ausdrücklich „alle Bemühungen, im Miteinander der Weltgemeinschaft intensiv und kreativ alle Möglichkeiten zu nutzen, die geeignet sind, Krisen gewaltfrei zu lösen“. Die Diplomatie bleibe die „Königsdisziplin“, den Frieden zu suchen und zu gestalten. Dazu werde dem Außenminister im Schreiben zugesichert: „Mit Nachdruck unterstützen wir Sie in all Ihren Anstrengungen.“

Verteidigungsministerin von der Leyen habe in ihrem Redebeitrag dafür plädiert, dass Deutschland und Europa im Rahmen der NATO stärker als bisher militärische Verantwortung übernehmen könnten. Deutschland stehe in der Pflicht, weil es als „bedeutende Volkswirtschaft und Land von erheblicher Größe“ ein starkes Eigeninteresse zu vertreten habe.

Demgegenüber werbe die VEF dafür, „die weltweiten Fragen der menschlichen Sicherheit stärker in den Blick zu nehmen als die der nationalen Sicherheit“. Die Sorge für das „Globalwohl“ sei die „sinnvollere Friedensstrategie“, als die eigene Volkswirtschaft abzusichern und dafür gegebenenfalls militärische Einsätze zu erwägen. Es gehe darum, „die Sicherheit und die ausreichende Versorgung aller Menschen mit den zum Leben nötigsten Dingen zu ermöglichen“. Der Export militärischer Erzeugnisse sei kein probates Mittel, um die Probleme in Krisengebieten zu befrieden. Zivile Einsätze wären effektivere Maßnahmen zu wirksamer Hilfe. „Dafür bieten wir Freikirchen gerne unsere Unterstützung in solchen Bemühungen an.“

In den Schreiben wird betont, dass die in der VEF zusammengeschlossenen evangelischen Freikirchen in Deutschland zwar eher klein seien, einige dieser Freikirchen weltweit jedoch zu den größten protestantischen Kirchen gehörten. Außerdem wären viele der Freikirchen in weltweiten Zusammenschlüssen organisiert. Dies führe dazu, dass Verantwortung nicht nur als nationale, sondern als weltweite Verantwortung gesehen werde. Außerdem verbände die evangelischen Freikirchen eine eigene Tradition und Kompetenz in konfliktlösenden und friedensfördernden Maßnahmen, besonders bei den sogenannten Friedenskirchen. Deshalb seien sie gerne bereit, ihre Erfahrung und Hilfe einzubringen. (3.945 Zeichen)

Amtszeit von Bischöfin Wenner als Ratspräsidentin der Methodisten beendet

Frankfurt am Main, 27.05.2014/APD Bei der Tagung des Internationalen Bischofsrats der United Methodist Church (UMC) in Epworth-by-the-Sea, St. Simons Island, Georgia/USA, hat Rosemarie Wenner (Frankfurt/Main), Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Deutschland, die Präsidentschaft an Bischof Warner Brown übergeben. Damit endet ihre zweijährige Amtszeit als Präsidentin des Bischofsrats.

Rückblickend auf die beiden Jahre sagte Wenner, dass sie ihren Dienst als Vorsitzende unter dem Blickwinkel einer Christin außerhalb der USA versah. Als Bischöfin aus Deutschland habe sie versucht, viele drängende Fragen mit einer weiten Perspektive anzugehen, um als Kirche in Vielfalt zusammenzuleben. „Ich bin voller Zuversicht, dass Bischof Brown diese Fragen aufgreift und zusammen mit dem Team der Bischöfe die Kirche darauf ausrichtet, die Gemeinden in ihrer Lebendigkeit zu fördern damit durch die Gemeinden die Welt verändert wird“, betonte sie. Auch ihr Nachfolger Warner Brown hob hervor, dass „wir als Kirche in Vielfalt voneinander viel zu lernen haben, um wirksam Kirche zu sein, Menschen in die Nachfolge Christi zu rufen, die Welt zu verändern, die Bedürfnisse der Menschen zu sehen und darauf zu reagieren. Deshalb müssen wir miteinander reden sowie ehrlich miteinander und voneinander lernen.“ Die offizielle Amtsübergabe mit der traditionellen Übergabe des „Sitzungshammers“ wird im Rahmen einer Feier bei der Tagung des Bischofsrats im November 2014 stattfinden.

Weltweit gehören über 80 Millionen Menschen methodistischen Kirchen an. Der Internationale Bischofsrat der United Methodist Church ist die Zusammenkunft aller aktiven und pensionierten Bischöfe der weltweiten UMC. Er vertritt 11,8 Millionen Kirchenglieder und trifft sich zweimal im

Jahr. In der UMC gibt es 46 Bischofssprengel in den USA und 20 außerhalb Nordamerikas. Der Präsident des Internationalen Bischofsrats leitet dessen Sitzungen. Er hat keine zusätzliche Autorität über die anderen Mitglieder des Rates. Die Amtszeit des Präsidenten dauert zwei Jahre. Dem Präsidium des Bischofsrats gehören neben dem Präsidenten auch der designierte Präsident, der Schriftführer, der Exekutivsekretär, der Beauftragte für Ökumene und der Vorsitzende der letzten Amtszeit an. Als Exekutivsekretär dient für eine vierjährige Amtszeit ein pensionierter Bischof. Das Büro des Rates befindet sich in einem UMC-Gebäude gegenüber dem Kapitol und dem Obersten Gerichtshof der USA in Washington DC. In Deutschland umfasst die Evangelisch-methodistische Kirche knapp 54.000 Mitglieder und Kirchenangehörige. (2.296 Zeichen)

Ziehung der Losungen für 2017 in Herrnhut

Herrnhut, Landkreis Görlitz, 27.05.2014/APD Am 30. April wurden in Herrnhut (Oberlausitz) die Losungen für den Jahrgang 2017 gezogen. Das geschieht jedes Jahr in der Nähe des 3. Mai, des Tages, an dem 1728 erstmals eine „Losung“ in Herrnhut herausgegeben wurde. Das Losungsziehen beginnt mit einer gemeinsamen Andacht aller Mitarbeitenden um acht Uhr früh im Vogtshof, dem Herrnhuter Direktions- und Verwaltungssitz der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität (EFBU), und wird in drei Abschnitten für jeweils vier Monate durchgeführt. An einem Durchgang sind mehrere Personen beteiligt: Eine Person zieht aus der „Losungsschale“ ein Kärtchen mit einer Nummer. Eine weitere liest aus dem „Spruchgutbuch“ den dazu gehörigen alttestamentlichen Text vor und zwei Personen protokollieren.

Damit sich Losungssprüche nicht jährlich wiederholen, wird der aktuell gezogene Jahrgang aus dem Bestand für die nächste Ziehung herausgenommen und erst zwei Jahre später der Sammlung wieder zugefügt. Es stehen somit rund 1.100 Sprüche aus einem Spruchgut von insgesamt 1.824 zur Verfügung. Das gesamte Spruchgut wird etwa alle zehn Jahre durchgesehen und gegebenenfalls behutsam erneuert. Insgesamt dauert der Prozess von der Ziehung der Losungen bis zum Druck etwa zwei Jahre.

Die zweiten Verse aus dem Neuen Testament werden nicht gelost, sondern später durch den Losungsbearbeiter ausgesucht und bis zur endgültigen Festlegung durch einen Losungsprüfungsausschuss durchgesehen, kommentiert und gegebenenfalls durch den Bearbeiter ersetzt. Wie diese zweiten, neutestamentlichen Texte sucht der Losungsbearbeiter auch passende Liedverse, Meditationen, Gedichte oder Gebete heraus, die ebenfalls durch den Losungsprüfungsausschuss begutachtet werden. Mit diesen dritten Texten als Antwort gläubiger Menschen auf Gottes Wort sind die Herrnhuter Losungen erst vollständig. Losungsbearbeiter ist zurzeit Pfarrer Erdmann Becker in Herrnhag/Büdingen (Hessen). Wenn die neutestamentlichen Verse zu den neuen Losungen feststehen – das ist etwa nach einem Jahr der Fall – wird der Bestand an ausländische Übersetzer, Bearbeiter und Herausgeber sowie an die Redaktion der Jugendlosungen gegeben.

Die Losungen werden von der Evangelischen Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine seit 1731 herausgegeben. Für 2014 liegt somit die 284. Ausgabe in ununterbrochener Folge vor. Sie werden zurzeit in 55 Sprachen weltweit in weit über einer Million Exemplaren gedruckt. Sie vereinen damit Christen aus vielen Kulturen und Konfessionen. Die Losungen sind das am weitesten verbreitete Andachtsbuch in Deutschland. Die Auflage der deutschen Ausgaben liegt bei einer Million. (2.310 Zeichen)

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“

EKD-Friedensbeauftragter: Dieses Recht auch in der EU verbindlich gewähren

Bonn, 27.05.2014/APD Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung erneut unterstrichen. „Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist ein Menschenrecht und daher verbindlich zu gewährleisten“, betonte Renke

Brahms, der Friedensbeauftragte des Rates der EKD zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai. Die evangelische Kirche unterstütze und berate daher auch weiterhin Soldatinnen und Soldaten, die den Kriegsdienst verweigern, machte Brahms deutlich. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die „wichtige Arbeit“ der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK).

Der EKD-Friedensbeauftragte machte darauf aufmerksam, dass auch nach Aussetzung der Wehrpflicht immer noch Soldaten aus Gewissensgründen in Deutschland den Kriegsdienst verweigern würden. „Dies wird in der Öffentlichkeit leider kaum wahrgenommen“, bedauerte Renke Brahms, der auch der Leitende Geistliche der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Im vergangenen Jahr hätten insgesamt 314 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade von diesem Recht Gebrauch gemacht. Das zeige dass dies kein Einzelfall sei.

Brahms hält es darüber hinaus auch für wichtig, dass es Soldatinnen und Soldaten möglich sein müsse, einen Einsatz aus Gewissensgründen zu verweigern. „Wenn Einsätze der Bundeswehr politisch umstritten sind, weil es möglicherweise unterschiedliche völkerrechtliche Beurteilungen gibt, dann muss ein Soldat hier auch Nein sagen können“, unterstrich der EKD-Friedensbeauftragte. Die evangelische Kirche halte eine solche situative Kriegsdienstverweigerung, die auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt werde, daher für wesentlich.

Nach Ansicht von Brahms müsse aber auch in der Europäischen Union das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verbindlich gewährleistet werden. „Gerade in Griechenland, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, werden Kriegsdienstverweigerer unwürdig behandelt, sitzen im Gefängnis und dürfen ihr Land nicht verlassen. Das muss ein Ende haben.“ (1.923 Zeichen)

Symposium Siebenten-Tags-Adventisten und Erster Weltkrieg vom 12.-15. Mai 2014 Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg

Siebenten-Tags-Adventisten im Ersten Weltkrieg

Wissenschaftliches Symposium der Theologischen Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Das „Institut für adventistische Geschichte und Theologie“ der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg führte mit 50 Teilnehmern aus elf Staaten und 20 Referenten aus zwölf Ländern vom 12. bis 15. Mai das wissenschaftliche Symposium „The Impact of World War I on Seventh-day Adventism“ (Die Wirkung des Ersten Weltkriegs auf den Siebenten-Tags-Adventismus) durch. Dabei ging es um das Verhalten der internationalen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten vor einhundert Jahren im Ersten Weltkrieg.

Keine Pazifisten, sondern „Nichtkämpfer“

In seinem Einführungsreferat zur Thematik stellte Dr. George R. Knight (Rogue River, Oregon/USA), emeritierter Professor und Historiker, fest, dass das Verhalten der Adventisten zum Militär im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865) geprägt worden sei. Damals habe es nur 3.500 Mitglieder gegeben, die ausschließlich in den Nordstaaten (Unionsstaaten) lebten. Sie seien keine Pazifisten gewesen, sondern „Nichtkämpfer“ (noncombatant), das heißt, sie hätten auch waffenlose Dienste in der Armee akzeptiert. Pazifisten, die derartiges ablehnten, hätten sich nicht durchsetzen können. Eine Gruppe von ihnen habe 1866 unter Leitung des Predigers B. F. Snook die 1863 gegründete Freikirche verlassen und die Church of God (Seventh Day) gebildet.

Als Ellen G. White, Mitbegründerin der Freikirche, von 1885 bis 1887 in Europa war, sei sie laut Knight im September 1886 mit drei Mitarbeitern des adventistischen Verlagshauses in Basel

konfrontiert worden, die zu einer dreiwöchigen Militärübung einberufen wurden, berichtete Knight. Ellen White hätte dieses Verhalten mit den Worten akzeptiert: „Sie haben sich diesen Dienst nicht ausgesucht, sondern haben sich nur den Gesetzen ihres Landes gefügt.“

Da die USA erst 1917 in den Krieg eintraten, habe die adventistische Kirchenleitung in Nordamerika mit der Regierung Nichtkämpferdienste in der Armee für ihre wehrpflichtigen Mitglieder vereinbaren können, so Dr. Douglas Morgan, Professor für Geschichte an der Washington Adventist University.

Adventisten und Wehrdienst in den USA

Der Historiker und Soziologe, Professor em. Dr. Ronald Lawson (Kew Gardens, New York/USA), ergänzte, dass während des Zweiten Weltkriegs etwa 12.000 Adventisten in den US-Streitkräften als unbewaffnete Sanitäter gedient hätten. Die Kirchenleitung sei dabei „sehr stolz“ auf ihr Mitglied Desmond Doss gewesen, das für die Rettung von 75 verwundeten Kameraden auf Okinawa von US-Präsident Harry S. Truman am 12. Oktober 1945 die Ehrenmedaille des Kongresses als höchste Auszeichnung der Vereinigten Staaten erhalten habe. Während des Koreakriegs (1950-1953) seien laut Lawson zwei Adventisten an der Front erschossen worden, weil sie sich geweigert hätten, eine Waffe in die Hand zu nehmen. Etwa einhundert weitere wären wegen der Verweigerung des Waffendienstes oder des Dienstes am Sabbat (Samstag), dem biblischen Ruhetag, bis zu sieben Jahren im Gefängnis gewesen. Von 1954-1973 hätten etwa 2.200 Adventisten an dem „Project Whitecoat“ teilgenommen, um anstatt Waffendienst zu leisten, als Versuchspersonen Impfstoffe gegen Krankheitserreger möglicher biologischer Kampfmittel zu testen.

Seit 1951 gebe es laut George R. Knight in den US-Streitkräften auch adventistische Geistliche (chaplains). Während des Vietnamkriegs in den 1960er und 1970er Jahren hätten Adventisten erneut als Nichtkämpfer im Sanitätskorps gedient. Doch je länger der Krieg dauerte, hätten immer mehr junge Adventisten jeglichen Militärdienst verweigert, so Knight. Durch den Rückzug der USA aus dem Vietnamkrieg samt der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 1973 habe die Kirchenleitung keinen Beratungsbedarf mehr für junge Adventisten hinsichtlich Kriegsdienstverweigerung gesehen. So sei der Standpunkt der Kirche zum Waffendienst allmählich in Vergessenheit geraten, und immer mehr Adventisten, Männer und Frauen, meldeten sich inzwischen freiwillig ohne Einschränkungen zu den US-Streitkräften, um dadurch später bessere berufliche Perspektiven zu haben. „Durch diesen Wandel verlieren die amerikanischen Adventisten einen sehr wichtigen Aspekt ihres christlichen Erbes“, gab Knight zu bedenken.

Adventisten im Ersten Weltkrieg in Europa

Denis Kaiser, Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte am Theologischen Seminar der Andrews University, Berrien Springs, Michigan/USA, berichtete, dass die britische Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten im Ersten Weltkrieg ihren rund 130 wehrpflichtigen Mitgliedern empfahl, Nichtkämpferdienste zu leisten. In Frankreich habe es nur einige Dutzend wehrpflichtige Adventisten gegeben. Manche hätten Waffendienst geleistet, andere beim Militär ohne Waffe gedient.

In Russland seien während des Krieges deutschstämmige aber auch russische Adventisten mit ihren Pastoren nach Sibirien verbannt und Gottesdienste verboten worden, so Dr. Eugene Zaitsev, Rektor des Instituts für Geisteswissenschaften und Wirtschaftslehre in Zaoksky bei Tula/Russland. Etwa 500 Adventisten seien zur russischen Armee einberufen worden. Die meisten wären Nichtkämpfer gewesen. Etwa 70 von ihnen seien wegen ihrer Weigerung, eine Waffe in die Hand zu nehmen, ins Gefängnis oder in Arbeitslager geschickt worden.

Dänemark, Norwegen und Schweden seien während des Ersten Weltkriegs neutral gewesen. Die wenigen wehrpflichtigen Adventisten hätten Nichtkämpferdienste leisten können. Laut dem

Historiker Dr. Richard Müller, Daugaard/Dänemark, habe der Süden von Jütland seit 1864 zu Deutschland gehört. Deshalb seien 1914 auch Dänen zum Kriegsdienst einberufen worden, darunter Adventisten, wovon einer 1917 als Soldat gefallen sei. Andere Adventisten wären unter Lebensgefahr ins „freie“ Dänemark geflohen, um der Einberufung zu entgehen.

Die Niederlande seien ebenfalls eines der wenigen Länder in Europa gewesen, das im Ersten Weltkrieg neutral war. Deshalb hätten die dortigen Adventisten nicht in den Krieg ziehen müssen, stellte Dr. Reinder Bruinsma, Zeewolde/Niederlande, fest. 1914 habe es in Italien nur einhundert Adventisten gegeben, informierte Dr. Tiziano Rimoldi von der adventistischen Hochschule „Villa Aurora“ in Florenz/Italien. Nur sehr wenige wehrpflichtige Mitglieder seien daher einberufen worden, unter ihnen Alberto Long. Da er den Waffendienst verweigert habe, wäre er immer wieder misshandelt und schließlich zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Durch eine Amnestie sei er 1919 aus dem Gefängnis freigekommen.

Adventisten im Ersten Weltkrieg in Südafrika und Australien

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, habe es in Südafrika nur 1.450 Siebenten-Tags-Adventisten gegeben, so Dr. Jeff Crocombe, Professor an der Pacific Adventist University in Broko/Papua-Neuguinea. Die dortige Kirchenleitung habe ihren wehrpflichtigen Mitgliedern empfohlen, den Waffendienst in der Armee zu verweigern. In Südafrika und Australien hätten die Adventisten den Krieg als „Zeichen der Endzeit“ angesehen, sodass es die vordringlichste Aufgabe gewesen wäre, Menschen auf die Wiederkunft Jesu vorzubereiten, stellte Dr. Daniel Reynaud, Professor für Geschichte am Avondale College in Cooranbong/Australien, fest. Obwohl die australischen Streitkräfte nur Freiwillige in den Krieg nach Europa sandten, sei in der Öffentlichkeit starker Druck auf wehrfähige Männer ausgeübt worden, sich zu melden. Junge Adventisten hätten daher Zivildienst beim Roten Kreuz geleistet oder in der Armee als waffenlose Sanitäter gedient. Dabei wäre ihnen der dienstfreie Sabbat (Samstag) garantiert worden.

Die „Schlacht von Harmagedon“

Aufgrund ihrer Auslegung der biblischen Bücher Daniel und Offenbarung hätten die Adventisten einen großen Krieg, bei dem sich die Völker zur „Schlacht von Harmagedon“ (Offenbarung 16,16) im Nahen Osten versammeln würden, erwartet, berichtete der Historiker Jón Hjörleifur Stefánsson, Reykjavík/Island. Danach käme Jesus wieder. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, habe es Spekulationen gegeben, dass die Russen Konstantinopel erobern würden, sodass die Türken ihre Hauptstadt nach Jerusalem verlegen müssten, ergänzte Bert Haloviak, Riverside, Kalifornien/USA. Obwohl dieser Auffassung in adventistischen Zeitschriften widersprochen worden sei, hätten viele Adventisten den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches mit der bevorstehenden Wiederkunft Christi erwartet, so auch Dr. Rolf Pöhler, Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Hochschule Friedensau, in seinem Referat. Heute würden Adventisten in der „Schlacht von Harmagedon“ eher einen Konflikt zwischen den Mächten des Guten und des Bösen sehen, der bei der Wiederkunft Christi seinen Abschluss finde. Damit wären sie zu einer Auslegung zurückgekehrt, die bereits der Mitbegründer der Freikirche, James White (1821-1881), vertreten habe. (7.701 Zeichen)

Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Adventisten in Deutschland

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Eine große Volkszeitung, der „Bayerische Kurier“, habe am 11. Februar 1914 behauptet, dass die Adventisten „mit ihrer Prophezeiung vom nahen Weltkriege im Anschluss an die türkische Verwicklung“ weite Volkskreise ernstlich beunruhigen würden, berichtete Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereichs Theologie der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, in seinem Referat beim internationalen wissenschaftlichen Symposium über den Ersten Weltkrieg, das vom 12. bis 15. Mai an der Hochschule stattfand.

Auch in anderen christlichen Kreisen sei gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund der Auslegung der biblischen Bücher Daniel und Offenbarung die Vermutung geäußert worden, dass die letzten Ereignisse der Weltgeschichte in unmittelbarer Beziehung mit dem erwarteten Ende des Osmanischen Reiches stehen würden. Dann, so nahmen sie an, werde es zu einem großen Krieg kommen, in dessen Verlauf das Osmanische Kalifat sein Militärisches Oberkommando von Konstantinopel nach Jerusalem verlegen müsste. In die Enge getrieben, komme es schließlich in Harmagedon zu der in Offenbarung Kapitel 16 beschriebenen Schlacht, die das Ende der Weltzeit und die Wiederkunft Christi einläute. So hätten auch adventistische Pastoren vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland öffentliche Vorträge gehalten, wie „Weltfrieden oder Weltkrieg?“ und „Das Ende der Türkei ist das Ende der Welt“. Als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, sei deshalb vor allem das Verständnis der Wiederkunft Jesu und praktische Fragen des Verhaltens beim Militärdienst in den Mittelpunkt der adventistischen Gemeinden gerückt, betonte Hartlapp.

Militärdienst vor 1914 in Deutschland

Der Dekan wies darauf hin, dass Ellen G. White, die Mitbegründerin der Siebenten-Tags-Adventisten, während ihrer Europareise 1886 in Basel die Verabschiedung von drei jungen Männern des dortigen adventistischen Verlagshauses miterlebt habe, die zu einer dreiwöchigen Reserveübung eingezogen worden seien. Sie schrieb darüber: „Gerade haben uns drei unserer verantwortlichen Mitarbeiter für einige Zeit verlassen, weil sie von der Regierung zu einer dreiwöchigen Wehrübung einberufen worden sind. Für unser Verlagswerk ist das ein harter Schlag, aber die Regierung richtet sich natürlich nicht nach unseren Wünschen. Von den Wehrpflichtigen wird einfach verlangt, dass sie ihren Dienst in der Armee tun oder an militärischen Übungen teilnehmen. Wir wissen es zu schätzen, wenn junge Männer sich auch in Uniform als zuverlässig, treu und ehrenwert erweisen. Sie haben sich diesen Dienst nicht ausgesucht, sondern haben sich nur den Gesetzen ihres Landes gefügt.“

Je größer die Mitgliederzahl der Adventisten in Europa wurde, umso relevanter wäre die Militärfrage laut Hartlapp für die Freikirche geworden. Auffallend sei dabei die Tatsache, dass vor dem Ersten Weltkrieg sich der Konflikt mit den Militärbehörden nicht wegen allgemeiner Dienstverweigerung oder Ablehnung des Waffendienstes entzündet habe, sondern wegen der Heilighaltung des Sabbats (Samstag). Wer an diesem Tag nicht dienstfrei bekam, hätte oft harte Gefängnisstrafen auf sich genommen. Nur wenigen sei es möglich gewesen, dem Wehrdienst durch Auswanderung in die USA zu entgehen. Alle anderen wehrpflichtigen jungen Adventisten wären ihrem Einberufungsbefehl gefolgt. Es sei kein Fall von grundsätzlicher Militärdienstverweigerung (Pazifismus) bekannt. Die einberufenen Adventisten hätten sich bemüht, als Nichtkämpfer, etwa als Sanitäter, Schreiber, Koch, Pferdepfleger oder Offiziersbur-sche, Dienst zu leisten. Wem das nicht gelang, der habe mit der Waffe gedient. Niemand sei deswegen aus seiner Ortsgemeinde ausgeschlossen worden.

In einem Beschluss vom 26. Juli 1913 habe die adventistische Freikirchenleitung in Deutschland empfohlen, den Militärdienst zu leisten, „[wir] ziehen aber den Samariterdienst vor“. Die Behörden sollten gebeten werden, Adventisten Nichtkämpferdienste bei dienstfreiem Sabbat zu ermöglichen. Eine entsprechende Eingabe vom 28. Januar 1914 an die zuständige Reichstagskommission sei aber wegen des Ausbruchs des Krieges nicht mehr behandelt worden.

Kriegswaffen gebrauchen und am Sabbat Kriegsdienst versehen

Unmittelbar nach der allgemeinen Mobilmachung habe der Sekretär der Adventisten, Pastor Guy Dail (Hamburg), am 2. August 1914 ein Rundschreiben als Orientierungshilfe an alle Adventgemeinden in Deutschland versandt. Darin hieß es unter anderem: „Soweit wir im Heer stehen oder ins Heer eintreten müssen, [sollten wir] unsere militärische Pflicht freudig und von Herzen erfüllen ... Aus Josua 6 ersehen wir, dass die Kinder Gottes von den Kriegswaffen Gebrauch gemacht und auch am Sabbat den Kriegsdienst versehen haben.“ Ähnliche Er-

klärungen seien später auch von anderen Freikirchenleitern in Deutschland abgegeben worden, ergänzte Hartlapp.

Widerstand und Endzeitspekulationen

Besonders die Bereitschaft, auch am Sabbat Militärdienst zu leisten, habe zu vielfältigen Protesten in den Gemeinden geführt. Hinzu seien Spekulationen über das Weltende und die Wiederkunft Jesu gekommen. So habe der am 3. August 1914 eingezogene Adventist Johann Wieck aus Bremen zwar mit der Waffe gekämpft, da er aber die Impfung verweigerte, wäre er ins Militärgefängnis gekommen. Dort habe er am 21. Januar 1915 eine „Vision“ gehabt, in der ihm offenbart worden sei, dass Christus im Frühjahr 1915 wiederkäme, nämlich „wenn die Steinfrucht blüht“. Als die Freikirchenleitung sich energisch gegen derartige Spekulationen wandte, habe Wieck im März 1915 in einer Broschüre erklärt, dass die Freikirchenleitung vom „wahren Glauben abgefallen“ sei und sich die „wahrhaften Adventisten“ jetzt außerhalb deren Gemeinden versammeln müssten. Einige adventistische Pastoren wären daraufhin gegen besonders aktive Mitglieder der Protestbewegung vorgegangen, indem sie diese bei den Behörden als „antimilitaristische Propagandisten“ anzeigten und bei Gerichtsprozessen als Zeugen auftraten, so Hartlapp. Unter diesen Umständen sei an eine Versöhnung nicht mehr zu denken gewesen.

Gegenseitig Abgrenzung

Verstärkend wäre hinzugekommen, dass die Protestler im Juli 1915 das anonyme Flugblatt mit dem Titel „Die letzte Gnadenbotschaft an eine gefallene Welt“ in einer Auflage von 100.000 Exemplaren in Deutschland verteilt hätten. Darin wäre behauptet worden, dass in Kürze das Osmanische Reich sein Hauptquartier nach Jerusalem verlege, sodass „die Zeit der Trübsal“ beginne. Auch eine Flut anderer Schriften habe immer wieder in der Öffentlichkeit zur Verwechslung mit der adventistischen Freikirche geführt. Um sich vor diesen Verwechslungen zu schützen, sei die Freikirchenleitung genötigt gewesen, sich auch von den pazifistischen Ideen und von den Wehrdienstverweigerern zu distanzieren und deren Argumente zu verwerfen, „so biblisch diese auch begründet sein mochten“, gab Hartlapp zu bedenken. Andererseits fänden sich etwa seit 1916 auch in den Reihen der Protestbewegung pazifistische Vorstellungen, „die es unter deutschen Adventisten vor dem Krieg wohl kaum gab“.

Die Protestler hätten sich ab August 1915 zu organisieren begonnen und sich schließlich als „Reformationsbewegung“ unter den Siebenten-Tags-Adventisten verstanden, als „die kleine letzte Schar der Treuen“. Ihre Muttergemeinde habe dagegen als die „Untreue“ gegolten, als „Babylon“, das man verlassen müsse. Für Hartlapp liege die Entstehung der Reformationsbewegung vor allem in der Erwartung der Wiederkunft Christi aufgrund der damals aktuellen Deutung biblischer Aussagen in Bezug auf das Osmanische Reich begründet. Die Frage des Militärdienstes sei nur „das auslösende Moment für die Trennung“ gewesen, nicht aber das „entscheidende Motiv“. Die Entstehung der Reformationsbewegung in den Jahren 1915 und 1916 wäre auch kein typisch deutsches Problem. Die Bewegung hätte nach dem Krieg in wenigen Jahren in vielen Ländern unter Adventisten Fuß fassen können, obwohl dort die Freikirchenleitungen eine ganz andere Haltung zum Kriegsdienst eingenommen hätten als in Deutschland.

Erklärungen zum Kriegsdienst zurückgenommen

Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart), Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, weist als Ergänzung zu den Aussagen von Dr. Johannes Hartlapp darauf hin, dass die umstrittenen Erklärungen zum Kriegsdienst von den deutschen Freikirchenleitern bereits im Juni 1920 während einer Pastorentagung in Friedensau bei Magdeburg als „fehlerhaft“ zurückgezogen worden seien. Außerdem hätten sie am 2. Januar 1923 erneut ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, „dass solche Dokumente herausgegeben worden sind“.

Adventistische Kriegsdienstverweigerer in West- und Ostdeutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Freikirchenleitung ihren wehrpflichtigen Mitgliedern in Westdeutschland in den Erklärungen vom 1. Dezember 1950, 25. April 1968 und Dezember 1983 empfohlen, den Wehr- und Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern und stattdessen den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Fast alle hätten sich für den Zivildienst entschieden, so Teubert. In der früheren DDR habe es nur einen waffenlosen Dienst in der Armee als Bausoldat gegeben. Die meisten wehrpflichtigen Adventisten wären Bausoldaten gewesen, obwohl dadurch in der Regel der Ausschluss vom Hochschulstudium verbunden gewesen sei. Unter den bereits getauften adventistischen Jugendlichen habe es nur ganz wenige gegeben, die den Waffendienst in der Nationalen Volksarmee abgeleistet hätten; und sie meist im Sanitätsdienst. Aber selbst noch nicht getaufte Jugendliche hätten trotz offenkundiger Nachteile den Dienst als Bausoldaten vorgezogen. (8.417 Zeichen)

Kriegsdienstverweigerung aus Sicht der Reformadventisten

Wissenschaftliches Symposium der Theologischen Hochschule Friedensau

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Pastor Dr. Idel Suarez Jr. (Cedartown, Georgia/USA), Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der „Internationalen Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (IMG), dankte, dass bei dem von der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau durchgeführten Symposium über den Ersten Weltkrieg auch Vertreter der IMG zwei Referate halten konnten. Die Reformationsbewegung ging im Ersten Weltkrieg aufgrund heftiger Auseinandersetzungen in Deutschland aus der Freikirche hervor.

Der Erste Weltkrieg spaltet Adventisten

Suarez legte dar, dass das Rundschreiben der adventistischen Freikirchenleitung vom 2. August 1914 mit der Aufforderung an ihre wehrpflichtigen Mitglieder, als Soldaten für Volk und Vaterland zu kämpfen, und das auch am biblischen Ruhetag (Sabbat/Samstag), dem Verhalten der Adventisten im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861-1865) widersprochen habe. Diese wären damals Nichtkämpfer gewesen. Auch Jesus hätte sich gegen Waffengewalt gewandt, indem er dem Petrus befahl, sein Schwert wegzustecken, „denn wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen“ (Matthäus 26,52). So wie Luther wegen seiner Glaubensüberzeugung exkommuniziert worden sei, habe man im Ersten Weltkrieg auch die späteren Mitglieder der Reformationsbewegung wegen ihrer Haltung zum Kriegsdienst und zur Heilighaltung des Sabbats aus ihren Gemeinden ausgeschlossen. Manche von ihnen wären sogar von adventistischen Predigern bei den Behörden angezeigt worden.

Suarez betonte, dass Johann Wieck, der meinte, Jesus käme im Frühjahr 1915 wieder, kein Mitglied der Reformationsbewegung gewesen sei. So wie es in der Reformationszeit Fanatiker gegeben habe, hätten sich auch die Reformadventisten von Fanatikern abgrenzen müssen.

Pastor Dr. Woonsan Kang (Cedartown, Georgia/USA), Zweiter Sekretär der Generalkonferenz der IMG, stellte in seinem Referat die Haltung der Reformationsbewegung zu Pazifismus, Gewaltverzicht und Kriegsdienstverweigerung dar. Er betonte, dass christliche Kriegsdienstverweigerer aufgrund der Bibel Pazifisten seien, die jegliche Teilhabe an einem Krieg und an militärischen Diensten ablehnten. So wie die frühen Christen jeglichen Militärdienst abgelehnt und wegen ihrer pazifistischen Haltung den Märtyrertod erlitten hätten, müsse auch die Reformationsbewegung Gott mehr gehorchen als dem Staat, selbst wenn das mit Leid verbunden sei. Kang forderte die Leiter und Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten auf, ihre Haltung zum Militärdienst im Hinblick auf Gewaltlosigkeit und Pazifismus zu überdenken.

Auch wer waffenlosen Militärdienst leistet, wird ausgeschlossen

In der anschließenden Aussprache stellte der frühere Generalkonferenzpräsident der IMG, Pastor Antonino Di Franca (Italien), klar, dass die Reformationsbewegung jeden militärischen

Dienst, auch den waffenlosen, ablehne. Sollte ein wehrpflichtiger Reformadventist der Einberufung zur Armee Folge leisten, und sei es als waffenloser Sanitäter, dann würde er ermahnt. Erfolge keine Verhaltensänderung, werde er von seiner Ortsgemeinde ausgeschlossen. Auf die Frage nach dem Verhältnis zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, meinte Di Franca, dass die IMG die Freikirche heute nicht mehr als „Babylon“ bezeichnen würde, das von den Mitgliedern verlassen werden müsste.

Dank für die Erklärung der adventistischen Freikirche zum Ersten Weltkrieg

Professor Dr. Rolf Pöhler, Leiter des „Instituts für adventistische Geschichte und Theologie“ der Theologischen Hochschule Friedensau, welches das Symposium vom 12. bis 15. Mai durchführte, verlas die „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren“. Darin entschuldigt sich die Freikirche bei den „Kindern und Nachkommen“ der damaligen Reformadventisten sowie den beiden heute existierenden Gruppen der Reformationsbewegung für ihr „Versagen“ im Krieg: „Wir haben aus unserer leid- und schmerzvollen Geschichte gelernt, dass Kinder Gottes berufen sind, Menschen des Friedens zu sein und jede Form von Gewaltanwendung gegenüber Unschuldigen abzulehnen.“

Pastor Idel Suarez dankte der deutschen Freikirchenleitung ausdrücklich für die Erklärung. Es kam zu einem symbolischen Händedruck zwischen Suarez, Kang und Di Franca mit den beiden Verfassern der Erklärung, Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereichs Theologie der Theologischen Hochschule Friedensau, und Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart), Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland.

Laut Pastor Francesco Domenico Caputo, Direktor der Internationalen Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung (IMG) in Europa, sei die IMG in rund 120 Ländern mit etwa 31.000 erwachsen getauften Mitgliedern vertreten. In Europa wären es 1.500 und in Deutschland 350. Wie Pastor Gustavo Castellanos, Vorsteher der Deutschen Union der IMG, mitteilte, hätten insgesamt 15 Mitglieder der IMG an dem Symposium in Friedensau teilgenommen. 1951 habe sich die Reformationsbewegung weltweit gespalten, sodass es nach Teubert neben der IMG auch die „Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (STAR) gebe. Diese habe weltweit auch etwa 30.000 Mitglieder, in Deutschland seien es 200. Die STAR sei, so Teubert, ebenfalls auf das Symposium aufmerksam gemacht worden, habe aber leider niemand dazu entsandt. (4.922 Zeichen)

„Schuld und Versagen“

Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs

Lüneburg, 27.05.2014/APD Eine Erklärung zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren hat die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland herausgegeben. Die Stellungnahme, welche die Ausschüsse des Süd- und Norddeutschen Verbandes der Freikirche am 6. und 13. April 2014 beschlossen, wurde in der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“, Mai 2014, unter dem Titel „Schuld und Versagen“ veröffentlicht.

In der Erklärung erinnern die beiden Vorsitzenden der Freikirche in Deutschland, die Pastoren Johannes Naether (Hannover) und Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), daran, dass damals viele Adventisten im Ausbruch des Ersten Weltkriegs „ein Zeichen des Weltendes“ gesehen hätten. Während vor dem Krieg nicht wenige Adventisten den Dienst beim Militär am Sabbat (Samstag) verweigert und dafür teilweise drastische Strafen in Kauf genommen hätten, sei von manchen die Meinung vertreten worden, zur Vorbereitung auf die unmittelbar bevorstehende Wiederkunft Jesu gehöre es, auch den Gebrauch der Waffe oder die Impfung beim Militär abzulehnen.

Doch kurz nach der allgemeinen Mobilmachung habe am 2. August 1914 die mitteleuropäische Leitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Hamburg in einem Rundschreiben den einberufenen Adventisten empfohlen, ihre „militärischen Pflichten freudig und von Herzen [zu] erfüllen“, von den Kriegswaffen Gebrauch zu machen und auch am Sabbat den Kriegsdienst zu versehen. Das Schreiben und weitere derartige Veröffentlichungen hätten in den Gemeinden einen vielschichtigen Protest hervorgerufen, der zu Spannungen und zur Spaltung geführt habe. Daraus hätte sich ab 1915 eine eigene Organisation mit der Selbstbezeichnung „Reformationsbewegung“ entwickelt, die ihrer Muttergemeinde, als sogenannter „großen Gemeinde“, einen „babylonischen Abfall vom wahren Adventglauben vorwarf“.

„Heute erkennen und bekennen wir“, so die beiden deutschen Leiter der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, „dass unsere Väter in diesen Auseinandersetzungen oftmals nicht im Geist der Liebe und Versöhnung gemäß dem Vorbild Jesu gehandelt haben.“ Aus Sorge um den Bestand der Glaubensgemeinschaft seien Ratschläge erteilt worden, die dem Wort Gottes widersprochen und zur Spaltung sowie zu tiefgreifenden Verletzungen geführt hätten. Die damalige adventistische Leitung sei ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden nicht gerecht geworden. Sie habe Glaubensgeschwister, die ihrer Meinung widersprachen, zu Unrecht des „Abfalls“ vom wahren Glauben bezichtigt und in einzelnen Fällen sogar von staatlichen Behörden verfolgen lassen.

Bereits während der Verhandlungen mit der Reformationsbewegung vom 21. bis 23. Juni 1920 in Friedensau habe Pastor Arthur G. Daniells, der Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten, die Stellungnahme der deutschen Leitung der Gemeinschaft zum Kriegsdienst beanstandet und betont: „Wir hätten eine solche Erklärung nicht abgegeben.“ Bei der Pastorentagung, die unmittelbar vor den Verhandlungen in Friedensau stattfand, hätten auch die für die Schriftstücke Verantwortlichen ihre Erklärungen als „fehlerhaft“ zurückgenommen, und am 2. Januar 1923 erneut bedauert, „dass solche Dokumente herausgegeben worden sind“.

Für das damalige Versagen entschuldigen sich die Pastoren Naether und Machel im Namen ihrer Freikirche mit den Worten: „Auch wenn heute niemand der damals Beteiligten mehr am Leben ist, so bitten wir doch ihre Kinder und Nachkommen sowie die beiden existierenden Gruppen der Reformationsbewegung um Entschuldigung für unser Versagen. Wir haben aus unserer leid- und schmerzvollen Geschichte gelernt, dass Kinder Gottes berufen sind, Menschen des Friedens zu sein und jede Form von Gewaltanwendung gegenüber Unschuldigen abzulehnen. Wir glauben, dass Nachfolger Jesu den Aussagen der Heiligen Schrift am besten Folge leisten, wenn sie in ihrer Umgebung als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken.“

Die beiden Freikirchenleiter erinnern an die „Erklärung zum Frieden“ des früheren Präsidenten der Generalkonferenz, Pastor Neal C. Wilson, vom Juni 1985: „In einer Welt voller Kampf und Hass, einer Welt ideologischer und militärischer Konflikte, möchten Siebenten-Tags-Adventisten als Friedensstifter bekannt werden und sich für weltweite Gerechtigkeit und Frieden unter Christus als dem Oberhaupt einer neuen Menschheit einsetzen.“

Die adventistische Reformationsbewegung

Als im August 1914 zu Beginn des Ersten Weltkrieges von den 15.000 deutschen Adventisten 3.000 Wehrpflichtige einberufen wurden, sei es unter ihnen zu einer unterschiedlichen Beurteilung gekommen, wie man sich in dieser Krisensituation zu verhalten habe. Während die Mehrheit dem durch ein Rundschreiben verbreiteten Aufruf ihrer Kirchenleitung folgte und der Einberufung zum Militär nachkam, äußerten Kritiker dieser Entscheidung deutlich ihr Missfallen.

Aus diesen Kritikern, die ihre Opposition teilweise damit begründeten, dass sie für den Frühsommer 1915 die Wiederkunft Jesu erwarteten, bildete sich im Laufe des Jahres eine feste Gruppe. Während einige Kritiker später wieder ihren Platz in den Adventgemeinden fanden, sammelte sich die Mehrheit der Widerständler in einer Gruppe, die sich selbst „Reformationsbewegung der Siebenten-Tags-Adventisten“ nannte und den Militärdienst schließlich grundsätzlich ablehnte.

Das Rundschreiben vom 2. August 1914 wurde von der adventistischen Weltkirchenleitung mit Sitz in den USA kritisiert und mit ähnlichen Verlautbarungen von der deutschen Freikirchenleitung bereits 1920 und nochmals 1923 mit „Bedauern“ zurückgezogen. Doch das schlug genauso fehl, wie Versöhnungsversuche von beiden Seiten nach dem Ersten Weltkrieg. Schließlich standen sich während der Weimarer Republik zwei adventistische Lager gegenüber: die traditionelle Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und die Reformationsbewegung, die allerdings durch interne Auseinandersetzungen in verschiedene Gruppen zerfiel. Die meisten lösten sich noch vor Beginn der NS-Herrschaft auf. Die verbliebenen Gruppen kamen schon bald in das Visier der neuen Machthaber, da sie auch die Beteiligung an Wahlen ablehnten. 1936 löste die Gestapo die Reformationsbewegung auf. Für kleinere Gruppen kam das Verbot noch im gleichen Jahr, beziehungsweise 1937 und 1942.

Heute gehören zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten weltweit über 18 Millionen erwachsen getaufte Mitglieder; in Deutschland sind es rund 35.000. Die Reformationsbewegung erlebte 1951 eine Spaltung, sodass es seitdem weltweit zwei Gruppen mit jeweils etwa 30.000 Mitgliedern gibt. In Deutschland zählt die „Internationale Missionsgesellschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (IMG) circa 350 Mitglieder. Die „Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten Reformationsbewegung“ (STAR) ist mit etwa 200 Mitgliedern in der Bundesrepublik etwas kleiner. Weitere Informationen im Internet zur Freikirche unter www.adventisten.de, zur IMG unter www.reform-adventisten.net und zur STAR unter www.sta-ref.de. (6.191 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Der genaue Wortlaut der Erklärung zum Ersten Weltkrieg ist in der Rubrik „Dokumentation“ zu finden.)

Adventist Peace Fellowship – Netzwerk für Friedensstifter

Friedensau bei Magdeburg, 27.05.2014/APD Beim wissenschaftlichen Symposium über den Ersten Weltkrieg an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg stellte am 14. Mai Jeff Boyd aus Flint, Michigan/USA, die „Adventist Peace Fellowship“ – APF (Adventistische Friedensgemeinschaft) vor. Die private, gemeinnützige Laienorganisation wurde nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 von Siebenten-Tags-Adventisten in den USA gegründet, um den Gedanken von Frieden und sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Freikirche zu fördern. Dabei gehe es laut Boyd darum, Adventisten, die sich bereits für Frieden und Gerechtigkeit engagierten, miteinander zu vernetzen. Auch Ortsgemeinden, welche derartige Aktivitäten durchführten, könnten sich bei APF als „adventistische Friedenskirchen“ registrieren lassen, um ihre Programme einem größeren Interessentenkreis bekanntzumachen.

APF führt Tagungen und Seminare mit dem Schwerpunkt „Friedensstifter sein, angesichts von Gewalt und Krieg“ durch. Außerdem geht es um Fragen, wie die Bewahrung der Schöpfung, soziale Gerechtigkeit, Gewissensfreiheit, Menschenrechte, Rassengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter. Auf der Homepage von APF (<http://www.adventistpeace.org>) sind über 60 Kurzbiografien von Kirchenmitgliedern und Freunden zu finden, die sich bei diesen Themen engagierten. 2005 hat APF als erstes Buch „The Peacemaking Remnant: Essay and Historical Documents“ (Die Übrigen als Friedensstifter: Aufsätze und historische Dokumente) herausgegeben. Die Sammlung aus dem Bereich der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten stammt von Dr. Douglas Morgan, Professor für Geschichte an der Washington Adventist University. (1.537 Zeichen)

International

Gedenktafel für Michael Belina Czechowski **Missions-Pionier und Verkünder der „Adventbotschaft“ in Europa**

Cornaux/Schweiz, 27.05.2014/APD Am 9. Mai wurde laut „CBS KULTUR INFO“ am Gebäude des Hofes „Le Buisson“ in der Gemeinde Cornaux im Schweizer Kanton Neuenburg/Neuchâtel eine einfache Gedenktafel enthüllt, welche an die erste Druckerei von Michael Belina Czechowski (1818-1876) erinnern soll, die er dort im Oktober 1866 eingerichtet hatte.

Vor 148 Jahren, im Oktober 1866, zog ein bis dorthin unbekannter protestantischer Missions-Pionier, der aus Polen stammende Michael Belina Czechowski, nach Cornaux in den Kanton Neuenburg. Dort gründete er die „Mission Evangelique Européenne et Universelle de la Seconde Venue du Sauveur“ und richtete im Haus „Le Buisson“ eine kleine Druckerei ein. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift „L'Evangile Eternel“ (Das ewige Evangelium) verbreitete er über die Poststelle St-Blaise nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Italien, Frankreich, den Niederlanden, Deutschland, Polen und Ungarn.

Michael Belina Czechowski machte eine erstaunliche Wandlung vom Mönch, Priester und Reformkatholiken zum Verkünder der „Adventbotschaft“, der Botschaft von der baldigen Wiederkunft Jesu, durch. 1856 schloss er sich in den USA den damals im Entstehen begriffenen Siebenten-Tags-Adventisten an. Als er 1864 nach Europa ging, geschah das nicht im Auftrag der gerade erst gegründeten adventistischen Kirchenleitung (Generalkonferenz).

Czechowski wollte keine organisierten Kirchengemeinden etablieren, sondern einfach zu den Menschen sprechen, damit sie sich auf Jesu Kommen vorbereiteten. Zur Vorbereitung auf dieses Ereignis gehörten nach seinem Verständnis die Glaubenstaufe (Erwachsenentaufe) durch Untertauchen, der Glaubensgehorsam (als Christ Gott gehorsam sein) und die Sabbatfeier (der biblische Ruhetag am Sabbat/Samstag). Czechowski trug als selbstunterhaltender Missionar wesentlich zur Entwicklung eines universalen Missionsverständnisses der 1863 gegründeten Freikirche der Siebenten-Tags- Adventisten bei.

Er war in den USA, Italien, der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Ungarn und Rumänien tätig. 1876 starb der unermüdete Wanderprediger im Alter von 57 Jahren in Wien. Seit seinem Tod beschäftigten sich viele Historiker mit dem bewegten Leben und der einflussreichen Tätigkeit des ehemaligen katholischen Priesters.

Die Errichtung der Gedenktafel in Cornaux geht auf einen Beschluss eines internationalen Historikertreffens über das Leben und Wirken dieses Missionars zurück, das 1976 aus Anlass des 100. Todesjahres in Warschau/Polen abgehalten wurde. (2.262 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Ein Interview mit dem Schweizer Theologen und Czechowski-Experten Jacques Th. Frei sowie als Hintergrund in welchem politischen Umfeld sich der polnische Idealist Czechowski bewegte, unter <http://www.apd.info/2014/05/11/gedenktafel-fuer-michael-belina-czechowski/>)

Weitere Schweizer Kirchen unterzeichnen gegenseitige Taufanerkennung

Riva San Vitale, Tessin/Schweiz, 27.05.2014/APD Bereits 1973 haben der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, zu dem auch die Evangelisch-methodistische Kirche gehört, die römisch-katholische Schweizer Bischofskonferenz und der Bischof der Christkatholischen Kirche in der Schweiz gegenseitig die Taufe anerkannt. Im Baptisterium (Taufkapelle) von Riva San Vitale/Tessin, dem ältesten christlichen Bauwerk der Schweiz (5. Jh.), unterzeichneten am 21. April 2014 sieben Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher

Kirchen in der Schweiz (AGCK) bei einer festlichen Vesper ein Dokument mit der gegenseitigen Taufanerkennung.

Zur feierlichen Unterzeichnung sagte die Präsidentin der AGCK Schweiz, Pfarrerin Rita Famos: „Damit drücken die Kirchen aus, dass sie zu einer Gemeinschaft in der einen Kirche Gottes verbunden sind. Dies ist ein starkes Bekenntnis zur Einheit der Kirche und ein deutliches Zeichen an die Welt, dass sie das Evangelium gemeinsam in Wort und Tat verkündigen wollen.“

Taufverständnis

Die unterzeichnenden Kirchen teilten ein gemeinsames Verständnis der Taufe, heißt es in der AGCK-Medienmitteilung. Darum verpflichteten sie sich, Menschen, die in einer Kirche getauft worden seien, beim Übertritt in eine andere nicht erneut zu taufen. In der Erklärung der Kirchen wird mit Bezug auf den Epheserbrief 4,3-6 „die Taufe als wesentliches Zeichen und Band der in Gott gründenden Einheit und Gemeinschaft der Kirche herausgestellt“, schreibt Professor Urs von Arx in der Osterausgabe 2014 der Schweizer Kirchenzeitung. Diese Gemeinschaft werde aber wegen der „bestehenden Differenzen und hingenommenen Trennungen noch unvollkommen bezeugt und gelebt“.

Das in der Erklärung kurz gefasste theologischen Grundverständnis der Taufe lautet: „Durch die Taufe werden Menschen mit Jesus Christus, dem Sohn Gottes und Offenbarer seiner Liebe, so verbunden, dass sie in einer neuen Wirklichkeit leben. In der vom Geist Gottes gewirkten Neugeburt ist die Gottesferne der Sünder überwunden: Durch diese Gnade zu Söhnen und Töchtern Gottes geworden, sind die Getauften aufgerufen, die erfahrene Versöhnung allen Menschen zu bezeugen und weiterzugeben (vgl. 2Kor 5,17-19). Aufgrund der Teilhabe am Mysterium von Jesu Tod und Auferstehung werden sie eingegliedert in die Kirche, die Gemeinschaft des Leibes Christi, in der die Getauften aller Zeiten und Orte vereint sind.“

Taufvollzug

Diesem gemeinsamen Grundverständnis der Taufe werden in der Erklärung „deutliche Unterschiede“ in der Taufpraxis gegenübergestellt: „Vollzogen wird die Taufe nach dem Auftrag Jesu im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes (Mt 28, 19-20) zusammen mit der Zeichenhandlung des Untertauchens bzw. des Übergießens mit Wasser. Sie ist im Leben eines Menschen einmalig und unwiederholbar. Dieses Grundverständnis der Taufe teilen wir gemeinsam, ungeachtet von deutlichen Unterschieden in der Taufpraxis.“ Die Unterschiede lägen unter anderem darin, dass in einigen Kirchen „nur Menschen, die für sich selbst ein Bekenntnis ablegen, getauft werden, in anderen auch kleine Kinder, für welche Eltern und Paten dies stellvertretend tun“.

Unterzeichnende Kirchen

Das Dokument haben für ihre Kirchen unterzeichnet: Bischof Dr. Charles Morerod, Schweizer Bischofskonferenz; Pfarrer Dr. Gottfried Wilhelm Locher, Ratspräsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes; Bischof Dr. Harald Rein, Christkatholische Kirche der Schweiz; Elisabeth Benn, Präsidentin des Bundes der Evangelisch-lutherischen Kirche in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein; The Ven. Canon Peter M. Potter, Archdeacon der Church of England, Archdeaconry of Switzerland; Bischof Dr. Patrick Streiff, Evangelisch-methodistische Kirche in der Schweiz.

Unterstützung, aber keine Unterschrift von Baptisten, Heilsarmee und Orthodoxen

In einer Stellungnahme zur Erklärung begründen die Heilsarmee und der Bund der Baptisten, weshalb sie das Dokument nicht signieren könnten. Die Heilsarmee unterzeichne die „Erklärung zur gegenseitigen Anerkennung der Taufe“ nicht, da sie dieses Ritual nicht anwende. Die Heilsarmee „ist aber weiterhin bestrebt, im ökumenischen Miteinander an der sichtbaren

Einheit der Kirche Jesu Christi weiterzuarbeiten. Der gemeinsame Glaube an Jesus Christus vereint uns und verbindet uns über das unterschiedliche Verständnis der Taufe hinaus.“

Als kongregationalistische Bewegung seien die Baptisten keine hierarchisch verfasste Kirche und hätten weder ein Lehramt noch für die Gesamtkirche bindende Dokumente. „Baptisten können der Erklärung insoweit zustimmen, als sie sich auf die Taufe der Umkehr und des Glaubens bezieht. Ein sakramentales Verständnis der Taufe, die an unmündigen Kindern vollzogen wird, können sie nicht mit ihrem Verständnis der Taufe im Neuen Testament in Einklang bringen. Ihm fehlen Umkehr, Glaube und Freiheit der Verantwortung als konstitutive Elemente“, heißt es in der Stellungnahme des Bundes Schweizer Baptistengemeinden, die in der Erklärung publiziert wurde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könnten die Baptisten diese Erklärung nicht unterschreiben, seien aber „im ökumenischen Miteinander bestrebt, an der sichtbaren Einheit der Kirche Jesu Christi weiterzuarbeiten“.

Die orthodoxen Kirchen in der Schweiz seien laut AGCK-CH an der Erarbeitung der Erklärung beteiligt gewesen. Sie könnten diese zurzeit aus Rücksicht auf ihre Mutterkirchen aber nicht unterzeichnen. Ihre Situation als „Kirchen in der Diaspora“ erschwere eine gemeinsame Entscheidung. Die orthodoxen Kirchen der Schweiz würden aber in der Praxis die Taufe der unterzeichnenden Kirchen anerkennen.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist Gastmitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz und teilt das Taufverständnis der Baptisten. Die Adventisten sind im 19. Jahrhundert durch die Siebenten-Tags-Baptisten mit dem baptistischen Taufverständnis und auch mit dem Samstag (Sabbat) als biblischem Ruhetag konfrontiert worden. Nachdem sie sich davon überzeugten, dass beides dem neutestamentlichen Vorbild entspricht, übernahmen sie die Taufe Glaubender und den Sabbat.

Das Baptisterium in Riva San Vitale

Das Baptisterium ist das älteste christliche Bauwerk der Schweiz. Es stammt aus dem 5. Jahrhundert und ist Johannes dem Täufer geweiht. Der Innenraum ist ein Oktogon (Achteck) mit mittelalterlicher Malerei. Sie zeigt Szenen aus dem Leben Jesu.

In der Mitte des Baus befinden sich die beiden Taufbecken. Sie sind übereinander angeordnet: Das erste, achteckige Becken ist in den Boden eingelassen und konnte über zwei Stufen erreicht werden. Dieses Becken wurde für die Erwachsenen zum Untertauchen benutzt. Das zweite, runde Taufbecken mit 1,9 Meter Durchmesser wurde auch zum Eintauchen verwendet. Es wurde auf das erste Taufbecken gesetzt, stammt aus der Zeit um 1200 und besteht aus einem Monolithen des Serizzo-Steins. Der dritte, ein Marmortaufstein, in einer Nische neben dem nördlichen Eingang, sei laut Wikipedia verwendet worden, „nachdem die Taufe nicht mehr durch Eintauchen, sondern durch Besprengung vorgenommen wurde“.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz AGCK habe dieses Baptisterium bewusst zur Unterzeichnung der gegenseitigen Taufanerkennung ausgewählt, heißt es in der Medienmitteilung. Die verschiedenen Taufbecken aus unterschiedlichen Epochen der Kirchengeschichte bezeugten die Entwicklung der Taufpraktiken während der Jahrhunderte, wie sie sich auch in den Mitgliedkirchen der AGCK niedergeschlagen hätten.

Zur Unterzeichnung ist eine Broschüre in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch erschienen: „Die gegenseitige Anerkennung der Taufe – Erklärung von Riva San Vitale 2014“. Sie kann beim AGCK-Sekretariat bestellt werden: info@agck.ch (6.762 Zeichen)

Unterschiedliche Finanzierung der Kirchen Europas gefährdet Freiheit der Seelsorge
Kopenhagen/Dänemark, 27.05.2014/APD Die Einwerbung von Finanzen für die kirchliche Arbeit sollte sich nicht mit dem seelsorgerlichen Handeln der Geistlichen vermischen. Das forderte Professor Dr. Arnd Uhle, Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Öffentliches Recht an der Technischen Universität Dresden, bei der diesjährigen Konferenz des Evangelischen Arbeitskreises für Konfessionskunde in Europa (EAKE) in Dänemark. Die Finanzierung der evangelischen Kirchen in Europa war das Thema des Zusammentreffens von 15 Konfessionkundlern aus neun europäischen Staaten vom 8. bis 11. Mai in Kopenhagen.

Einen fachwissenschaftlichen Überblick der verschiedenen Finanzierungsweisen bot Uhle, zugleich Leiter der Forschungsstelle „Recht und Religion“ an der Dresdener Universität. Er erläuterte die Anforderungen an ein System zur Kirchenfinanzierung, das sowohl verfassungsrechtliche Vorgaben, wie die Trennung von Staat und Kirche erfüllt, als auch den Kirchen angemessene Freiräume öffnet, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Das italienische Modell einer Kultursteuer, wie es seit 1990 mit dem „otto per mille“-System in Italien gelte und ähnlich auch in Spanien und Ungarn praktiziert werde, sah er kritisch. Dieses Modell besage, dass der Staat den hierzu berechtigten Religionsgemeinschaften 0,8 Prozent seiner Gesamteinnahmen aus der Lohnsteuer zur Verwendung überlasse. Dieser Beitrag sei für alle gleichermaßen verpflichtend, könne aber durch Ankreuzen bei Abgabe der Einkommenssteuererklärung einer bestimmten Verwendung zugeführt werden. Allerdings könnten die Kirchen weder über die Höhe der Abgabe bestimmen, noch seien sie bei der Verwendung der Mittel frei. Die Kirchen müssten öffentlich nachweisen, für welche Sozialprojekte sie diese Mittel verwendet hätten. Auch führe das Modell zu Werbekampagnen und einer Konkurrenz im Werben um Zustimmung, die den eigentlichen geistlich-religiösen Auftrag der Kirchen in den Hintergrund treten ließen.

Das deutsche Modell der Erhebung von Kirchenbeiträgen durch staatliche Finanzbehörden, wie es auch in Finnland und in einigen Kantonen der Schweiz praktiziert werde, würdigte Uhle als gerecht, dem Auftrag der Kirchen gemäß, und sie habe durch die steuerliche Absetzbarkeit einen Nutzen für die Kirchensteuerzahler.

Die Einschätzung des Juristen Uhle wurde ergänzt von den Teilnehmerberichten, die in diesem Jahr aus Deutschland, Italien, Tschechien, Rumänien, Österreich, Ungarn, Luxemburg, der Slowakei und der Schweiz, kamen. Auch die Gemeinschaft Europäischer Kirchen (GEKE) mit Sitz in Wien war vertreten. Träger des EAKE ist der Evangelische Bund in Deutschland und Österreich. Gastgeber war in diesem Jahr die Reformierte Kirche in Dänemark. Die 52. Jahrestagung werde vom 7. bis 11. Mai 2015 auf Einladung der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Prag stattfinden. (2.516 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Hochwasser in Bosnien und Serbien

Erste Hilfsmaßnahmen von ADRA

Zürich/Schweiz, 27.05.2014/APD Ab dem 13. Mai hat anhaltender, schwerer Regen auf dem Balkan riesige Überschwemmungen in Bosnien, Serbien und Kroatien verursacht. Mindestens 47 Menschen sind nach Angaben von news.ch ums Leben gekommen und Tausende seien obdachlos. In Bosnien würden laut ReliefWeb, dem Katastropheninformationsdienst der UNO (OCHA), Obdachlose in Notunterkünften oder Militärbaracken untergebracht. Das Wasser des seit 120 Jahren stärksten Regens in der Region sei zwar am abfließen, habe aber vor allem auf dem Land für große Verwüstungen gesorgt, welche den Bauern in Bosnien die Aussaat unmöglich machen könnte, berichtete die Deutsche Welle. „Jetzt hat es schon fast vier Wochen geregnet. Wenn die Saat nicht in den nächsten Wochen vorgenommen wird,

werden die Bauern keine Ernte haben“, sagte Fritz Neuberg von der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland.

Erdbeben, zerstörte Brücken und Straßen, verunreinigtes Wasser und die aus dem Balkankrieg weggeschwemmten Minen trugen laut ADRA Deutschland zum Chaos und der Verzweiflung der Bewohner der Überschwemmungsgebiete bei.

Die ADRA-Organisationen Deutschland, Österreich und Schweiz engagierten sich und bitten um Spenden. Am 19. Mai habe ADRA Kroatien in Bosnien und Serbien erste Hilfspakete mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln an Bedürftige verteilt. ADRA Deutschland hätte zwei Mitarbeiter in die Krisenregion entsandt, um die dort tätigen ADRA Teams aktiv bei den Nothilfemaßnahmen zu unterstützen, so das Hilfswerk. Zudem werde ein Techniker einen LKW-Transport begleiten, der Gebäudetrockner liefere sowie eine Wasseraufbereitungsanlage, die täglich 25.000 Liter Trinkwasser bereitstellen könne, informierte Frank Brenda, Nothilfekoordinator bei ADRA Deutschland. ADRA Österreich habe 14.600 Euro für erste Hilfsmaßnahmen zugesagt.

In der Region sind die ADRA Büros von Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien sowie Serbien tätig. (1.742 Zeichen)

Damit der Teller nicht leer bleibt

Weiterstadt bei Darmstadt, 27.05.2014/APD Über ein Viertel der 16,4 Millionen Einwohner des westafrikanischen Landes Burkina Fasos ist laut dem Welthunger-Index 2013 unterernährt. Die Ursachen hierfür seien vielschichtig. Neben langen Dürreperioden sorgten auch Nahrungsmittelspekulationen dafür, dass viele Teller leer blieben, teilte Mirjam Greilich, Mitarbeiterin der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, mit. Ein Hilfsprojekt von ADRA sichere dort 40.000 Menschen in den nächsten Monaten zwei Mahlzeiten am Tag.

Vor allem Flüchtlingsfamilien, die aufgrund des Militärputsches in Mali und den damit verbundenen Konflikten ihre Heimat verlassen hätten und nun in Flüchtlingscamps lebten, kämpften in Burkina Faso mit dem Hunger. Sie erhielten Nahrungsmittelpakete sowie Matten und Decken. Darüber hinaus wolle ADRA die Versorgung mit Nahrungsmitteln langfristig sichern. Daher lege die Hilfsorganisation zusammen mit Flüchtlingsfamilien und Anwohnern umliegender Dörfer drei Gemüsegärten an. Zusätzlich erhielten die Bauern Saatgut, das trotz der schwierigen klimatischen Bedingungen gut gedeihe, sowie Schulungen im Gemüseanbau. Die gemeinsamen Aktivitäten stärkten die Verbindung zwischen den Einheimischen und den neu Zugezogenen und beugten Spannungen vor, so Greilich.

Auch stabile hygienische Bedingungen und die Verfügbarkeit von Trinkwasser seien wesentliche Faktoren, um die Entwicklung in Westafrika voranzutreiben. ADRA baue deshalb Duschen, Toiletten sowie Brunnen und führe Hygieneschulungen durch. (1.383 Zeichen)

Dokumentation

Schuld und Versagen

Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor einhundert Jahren

Am 28. Juli 1914 brach in Europa ein Krieg aus, der alle bisherigen Dimensionen in den Schatten stellte. Viele Adventisten sahen in diesem "Großen Krieg" ein Zeichen des Weltendes. Während bis dahin nicht wenige Adventisten den Dienst beim Militär am Sabbat verweigert und dafür teilweise drastische Strafen in Kauf genommen hatten, wurde jetzt von manchen die Meinung vertreten, zur Vorbereitung auf die unmittelbar bevorstehende Wiederkunft Jesu gehöre es, auch den Gebrauch der Waffe oder die Impfung beim Militär abzulehnen.

Demgegenüber sandte die Leitung der Mitteleuropäischen Division der Siebenten-Tags-Adventisten in Hamburg am 2. August 1914 - kurz nach der allgemeinen Mobilmachung - ein Rundschreiben an die Gemeinden in Deutschland, in dem sie empfahl: "Soweit wir im Heer stehen oder ins Heer eintreten müssen, [sollten wir] unsere militärischen Pflichten freudig und von Herzen erfüllen [...] Aus Josua 6 ersehen wir, dass die Kinder Gottes von den Kriegswaffen Gebrauch gemacht und auch am Sabbat den Kriegsdienst versehen haben." Dieses Schreiben und weitere Veröffentlichungen riefen in den Gemeinden einen vielschichtigen Protest hervor, der zu Spannungen und zur Spaltung führte. Daraus entwickelte sich ab 1915 eine eigene Organisation, die sich als "Reformationsbewegung" bezeichnete und der "großen Gemeinde" babylonischen Abfall vom wahren Adventglauben vorwarf.

Heute erkennen und bekennen wir, dass unsere Väter in diesen Auseinandersetzungen oftmals nicht im Geist der Liebe und Versöhnung gemäß dem Vorbild Jesu gehandelt haben. Aus Sorge um den Bestand der Gemeinschaft wurden Ratschläge erteilt, die dem Wort Gottes widersprechen und zur Spaltung sowie zu tiefgreifenden Verletzungen führten. Wir bekennen auch, dass die Leitung der Europäischen Division ihrer Verantwortung gegenüber den Gemeinden nicht gerecht wurde und Glaubensgeschwister, die ihrer Meinung widersprachen, zu Unrecht des "Abfalls" bezichtigte und in einzelnen Fällen sogar von staatlichen Behörden verfolgt ließ.

Bereits während der Verhandlungen mit der Reformationsbewegung vom 21. bis 23. Juni 1920 in Friedensau hatte Arthur G. Daniells, der Präsident der Generalkonferenz der Siebenten-Tags-Adventisten, die Stellungnahme der deutschen Leitung der Gemeinschaft zum Kriegsdienst bedauert und betont: "Wir hätten eine solche Erklärung nicht abgegeben." Bei der Predigertagung, die unmittelbar vor den Verhandlungen in Friedensau stattfand, zogen auch die für die Schriftstücke Verantwortlichen ihre Erklärungen als "fehlerhaft" zurück. Zudem brachten sie am 2. Januar 1923 erneut ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, "dass solche Dokumente herausgegeben worden sind".

Auch wenn heute niemand der damals Beteiligten mehr am Leben ist, so bitten wir doch ihre Kinder und Nachkommen sowie die beiden existierenden Gruppen der Reformationsbewegung um Entschuldigung für unser Versagen. Wir haben aus unserer leid- und schmerzvollen Geschichte gelernt, dass Kinder Gottes berufen sind, Menschen des Friedens zu sein und jede Form von Gewaltanwendung gegenüber Unschuldigen abzulehnen. Wir glauben, dass Nachfolger Jesu den Aussagen der Heiligen Schrift am besten Folge leisten, wenn sie in ihrer Umgebung als Botschafter des Friedens und der Versöhnung wirken.

Das brachte auch der Präsident der Generalkonferenz der Freikirche, Neal C. Wilson, in seiner "Erklärung zum Frieden" während der Generalkonferenz-Vollversammlung in New Orleans, Louisiana/USA, am 27. Juni 1985 zum Ausdruck: "In einer Welt voller Kampf und Hass, einer Welt ideologischer und militärischer Konflikte, möchten Siebenten-Tags-Adventisten als Friedensstifter bekannt werden und sich für weltweite Gerechtigkeit und Frieden unter Christus als dem Oberhaupt einer neuen Menschheit einsetzen."

Im Namen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland

Johannes Naether
Vorsitzender

Günther Machel
Stellvertretender Vorsitzender

Diese Erklärung wurde am 6. und 13. April 2014 durch die Ausschüsse des Süddeutschen und Norddeutschen Verbandes der Freikirche beschlossen und in der Ausgabe Mai 2014 der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“ veröffentlicht.